

## NACHRICHTEN

**Schnelleres Eingreifen bei Waldbränden**

BELLINZONA: Um schneller gegen Waldbrände vorgehen zu können, hat das Tessiner Umweltdepartement am Donnerstag eine Konvention mit vier Helikopterfirmen unterzeichnet. Diese müssen im Brandfall innerhalb von 15 Minuten ausrücken. Die vier Helifirmen verpflichten sich zu einem Pikettendienst, der in besonders trockenen und risikoreichen Jahreszeiten organisiert werden muss. Dafür erhalten sie eine Pauschale. Der Kanton hofft, durch das rasche Eingreifen der Helikopter Schäden und Kosten durch Waldbrände einzudämmen. Im Tessin gibt es jährlich rund 90 Waldbrände. Im Durchschnitt werden 400 Hektaren Land zerstört. Für die Löscharbeiten investiert der Kanton jährlich 1,2 Millionen Franken. In Jahren mit besonders vielen Waldbränden wie 1997 sind die Kosten auf 4 Millionen Franken gestiegen.

**St.Gallen: Weniger Asylsuchende**

ST. GALLEN: Da seit Herbst 1999 die Zahl der Asylsuchenden stark gesunken ist, werden im Kanton St. Gallen die Kapazitäten zur Unterbringung der Flüchtlinge abgebaut. Zwei Zentren werden geschlossen. 16 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz. Das vom Kanton geführte Zentrum an der Kreuzackerstrasse in Wil mit 90 Plätzen wird Ende Juni geschlossen. Weil sich die Situation im Asylwesen jederzeit wieder ändern könne, stehe die Liegenschaft weiter zur Nutzung als Asylbewerberzentrum zur Verfügung, heisst es in einer Mitteilung der St. Galler Staatskanzlei von gestern. Ende September wird auch das von der Stadt St. Gallen betriebene Zentrum Linsebühl mit 80 Plätzen geschlossen. Damit reduziert sich die Aufnahmekapazität des Kantons St. Gallen auf 747 Plätze. Durch die Schliessung der Zentren in Wil und St. Gallen verlieren 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz.

**Schweizer gegen EU-Beitrittsverhandlungen**

BERN: Nach dem Ja zu den bilateralen Verträgen sind zwei von drei Schweizerinnen und Schweizern gegen die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU. Dies zeigt eine Umfrage des Westschweizer Radios und der Wochenzeitschrift «L'Hebdo». Die Umfrage wurde vom Institut MIS Trend im Auftrag der beiden Medien am Tag nach der Abstimmung durchgeführt. 61,8 Prozent der Befragten wollen nicht, dass die Schweiz zum jetzigen Zeitpunkt Beitrittsverhandlungen aufnimmt. 35,4 Prozent sind für die Aufnahme solcher Verhandlungen, 2,8 Prozent sind unentschieden.

# Zivilschutz muss abspecken

Wenig Begeisterung in Gebirgskantonen: Bewältigung von Naturkatastrophen wird schwieriger

**BERN: Die Verkleinerung des Zivilschutzes um zwei Drittel stösst bei den Zivilschutzverantwortlichen einzelner Kantone auf wenig Gegenliebe. Vor allem Gebirgskantone tun sich schwer mit den drastisch reduzierten Beständen.**

«Sollte der Zivilschutz mit den neuen Beständen in ähnlichem Ausmass wie im Lawinenwinter 1999 eingesetzt werden, müsste ich neu jeden verfügbaren Mann für drei Tage aufbieten», erklärte Hans Gasser, Vorsteher des Amtes für Zivilschutz und Katastrophenhilfe im Kanton Graubünden auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda.

**Eher mehr als weniger**

Gasser zeigte sich wenig erfreut über die drastische Reduktion der Bestände. «Wir werden uns durchschlagen und unseren Auftrag einigermassen erfüllen müssen», sagte er. Fragezeichen setzt Gasser besonders bei der Bewältigung grösserer Naturkatastrophen oder bei der stärker beabsichtigten interkantonalen Zusammenarbeit.



Der Schweizer Bundespräsident Adolf Ogi (links) diskutiert mit dem Berner Regierungsrat Peter Schmid, dem Projektleiter Bevölkerungsschutz des Bundes. (Bild: Keystone)

Ähnlich tönt es aus dem Kanton Wallis. «Wir würden gerne auch 2000 Mann mehr nehmen», sagte

David Schnyder, Verantwortlicher für den Zivilschutz im Kanton Wallis auf Anfrage. Schnyder geht von

einem Neubestand von um die 4500 Mann für das Wallis aus, das momentan noch über 12 000 bis 13 000 Zivilschützer verfügt.

Um mit den neuen Beständen auszukommen, müsse der Zivilschutz im Wallis reorganisiert werden. So seien zunächst die Aufgaben in den einzelnen Regionen zu definieren, um dann die nötigen personellen Abstriche machen zu können. In Gebieten, wo zum Beispiel kaum mit Betreuungsaufgaben gerechnet wird, fallen neu solche Bereiche weg.

**Zuerst Gefahrenanalyse**

Christian Schindler, Ausbildungschef des Zivilschutzes im Kanton Glarus, erwartet, dass die 120 000 Zivilschützer entsprechend einer genauen Gefahrenanalyse auf die Kantone verteilt werden. «Vor allem die Gebirgskantone brauchen den Zivilschutz», sagte Schindler. Auf einzelne Berggemeinden kämen ansonsten massiv mehr Kosten zu.

Instandstellungsarbeiten in der Folge von Naturkatastrophen seien mit den neuen Beständen nicht mehr im bisherigen Umfang möglich, sagte Schindler.

## Wieder Erzabbau im Gonzen?

Widerstand gegen Konzessionserneuerung des Eisenbergwerks Gonzen in Sargans

**SARGANS: Das Eisenbergwerk Gonzen möchte vom Kanton St. Gallen ab dem Jahr 2003 eine neue Konzession für den Erzabbau. Die Standortgemeinde Sargans macht ihre Zustimmung von einer Verlegung der Produktionsanlagen abhängig.**

Seit 1966 der Eisenerzabbau im Gonzen aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt wurde, hat die Firma Käppelis Söhne AG das Areal der Eisenbergwerk Gonzen AG in Sargans gepachtet. Sie betreibt in den ehemaligen Eisenerz-Produktionsanlagen ein Aufbereitungswerk für Kies, Eisenbahn- und Strassenschotter.

Wie zuvor bei der Erzverarbeitung

entstehen auch bei der Verarbeitung von Schotter Lärm und Staub. Das stört die Anwohner, die in den letzten Jahrzehnten ihre Häuser immer näher an das Bergwerksareal gebaut haben – im vollen Wissen um die Immissionen, wie der Sarganser Gemeindevorstand Hans Willi zugeben muss.

Zwar hat die Firma Käppeli in den letzten Jahren verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Laut Geschäftsführer Remo Bianchi wurden Bewässerungsanlagen gegen die Staubentwicklung und Lärm-schutzdämme gebaut. Messungen ergaben, dass die Lärmgrenzwerte nicht überschritten werden.

Dennoch drängt die Gemeinde Sargans darauf, das Schotterwerk zu verlegen. «Wir stehen unter starkem Druck der Anwohner», sagt Gemeindevorstand Willi. Deshalb will die Gemeinde ihre Zustimmung zur Konzessionsverlängerung für den Erzabbau mit einer Zusage über die Verlegung der Schotterproduktion verknüpfen.

«Das sind zwei verschiedene Schuhe», wehrt sich Willy Eugster, Geschäftsführer und Verwaltungsrat der Eisenbergwerk Gonzen AG. Wie er betont, ist die Gemeinde Sargans bereits im Besitz einer schriftlichen Absichtserklärung, dass das Schotterwerk verlegt werden soll.

Laut Eugster ist seit längerem geplant, die Anlagen für mehrere Millionen Franken am andern Ende des Areals nahe der Eisenbahnlinie neu zu errichten. Damit könnte auch das jetzt durch Wohngebiete führende Industriegeleise aufgehoben werden. Eugster und Willi sind überzeugt, an einer Sitzung Mitte Juni Lösungen zu finden.

Auch der Gewerbeverein Sargans drängt auf eine rasche Einigung. Präsident Günter Wildhaber weist insbesondere auf die Arbeits- und Ausbildungsplätze hin. In Sargans und anderen Standorten beschäftigt die Firma Käppeli rund 120 Personen, darunter zwölf Lehrlinge.

Fürstentum  
Liechtenstein



## Amtliche Kundmachungen

### ■ Vergabebekanntmachung

**Öffentliche Ausschreibung**

Gemäss Gesetz vom 19. Juni 1998 über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge, LGBl. 1998/135, werden folgende Arbeiten unterhalb der Schwellenwerte ausgeschrieben:

<b>Auftraggeber:</b>	Name Adresse PLZ/Ort	Regierung des Fürstentums Liechtenstein Städtle 49 9490 Vaduz
<b>Gegenstand des Auftrages:</b>	Objekt Auftrag	Frommenhausstrasse, Triesenberg – Belagsarbeiten – Zementstabilisierungsarbeiten
<b>Verfahrensart:</b>	Offenes Verfahren	
<b>Offertbezug:</b>	Freitag, 26. Mai 2000 Tiefbauamt, Sekretariat Bauadministration, 9490 Vaduz	
<b>Eingabe:</b>	Ort Datum	Tiefbauamt, Sekretariat Bauadministration 13. Juni 2000, 16.30 Uhr
	Die Offerten sind verschlossen mit der Aufschrift «Frommenhausstrasse» einzureichen.	
<b>Ort/Datum:</b>	Vaduz, 26. Mai 2000	
<b>Beauftragter des Auftraggebers:</b>	Tiefbauamt, Städtle 38, 9490 Vaduz	

Tiefbauamt

572.480

### ■ Stellenausschreibung

An den liechtensteinischen Schulen sind ab Beginn des Schuljahres 2000/2001 (21. August 2000) folgende Lehrstellen zu besetzen:

<b>Primarschule Mauren</b>	<b>1 Lehrstelle*</b>
<b>Diverse Sekundarschulen</b>	<b>1 Lehrstelle für den Religionsunterricht in Verbindung mit einem anderen Fach</b>

\* Um diese Lehrstelle wird sich voraussichtlich eine Lehrperson bewerben, die bereits an der betreffenden Schule unterrichtet.

Senden Sie bitte Ihre Bewerbung mit den entsprechenden Unterlagen und einem Strafregisterauszug bis spätestens 9. Juni 2000 an das Schulamt, Herrngasse 2, 9490 Vaduz. Auf Wunsch erteilen wir Ihnen gerne weitere Auskünfte (Tel. +423 236 67 61).

576.420

Schulamt des Fürstentums Liechtenstein

**Samariter**

Samariter helfen mit Herz, Kopf und Hand.